

„WILPF calls on all countries, and in particular on Western countries that have adopted feminist foreign policies (FFP), national action plans to implement UNSC resolution 1325, and policies on the protection of human rights defenders, to duly integrate in such policies actions to ensure fair, transparent and gender-responsive visa regulations and policies, as well as support measures, including funding, to guarantee access and the effective participation of peace activists and other women human rights defenders in international fora...“¹

Mit großer Besorgnis stellen Aktivistinnen in diesem Apell fest, dass die geringe Vertretung von (jungen) Frauen in Entscheidungsprozessen in den meisten Ländern der Welt weiterhin eine Herausforderung darstellt. In der Tat sehen sich viele Aktivistinnen aus Afrika und zahlreichen Konfliktregionen, des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA), Osteuropas, Zentralasiens, Südasien und Lateinamerikas, mit strukturellen Hindernissen konfrontiert, die ihre Möglichkeiten und Chancen einschränken, zu internationalen Treffen, Verhandlungen und Konferenzen zu reisen, an denen sie teilnehmen möchten und die z.T. ihre eigenen Länder und Regionen betreffen. Die restriktive Handhabung und Verweigerung der Ausstellung von Visa durch bestimmte Botschaften, sind ein großes Hindernis für gleichberechtigte Teilhabe. Aktivistinnen aus Konfliktländern, aus Ländern, in denen die Zivilgesellschaft unterdrückt wird, in denen Frauen patriarchalisch ausgegrenzt und in ihrer Mobilität eingeschränkt werden, sowie aus Gruppen, die an den Rand gedrängt werden (z. B. Frauen mit Behinderungen, asylsuchende Frauen, Geflüchtete und Migrantinnen, Binnenvertriebene, indigene Frauen, Frauen, die Minderheiten angehören), sehen sich mit zu großen Hindernissen bei der Wahrnehmung ihres Rechts auf Teilnahme konfrontiert. Ihre Expertise, ihre flexiblen Netzwerkstrukturen lokal und überregional/international sind jedoch unerlässlich für friedliches Zusammenleben auch über Grenzen hinweg, für den nachhaltigen (Wieder-)Aufbau einer Gesellschaft, als Grundlage gleichberechtigter (Verwaltungs-)Strukturen und Förderkriterien.

Partizipation ist eine der zentralen Säulen, die zur Gestaltung eines positiven Friedens durch den Einbezug von Perspektiven und Lebensrealitäten aus der Zivilgesellschaft beitragen, unter besonderer Berücksichtigung selbstorganisierter und/oder kritisch und solidarisch arbeitender Organisationen, die Macht- und Gewaltgefälle benennen und dokumentieren. Sie tun dies auf der Grundlage eines umfassenden intersektionalen Sicherheitsbegriffs und einer perspektivischen Ausrichtung auf zivile (Präventions-)Maßnahmen. Die Förderung rein ziviler Maßnahmen zur Konflikttransformation hinkt jedoch nach wie vor weit hinter den Ausgaben für militärische Interventionsmaßnahmen her. Damit ist auch die Beteiligung von Frauen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, ihre Stärkung und damit gewollte Mandatierung für Friedensprozesse deutlich geringer. Die gilt insbesondere für Track 1 Verhandlungen, die strukturelle Transmissionsriemen von Track 2 und 3 vermissen lassen. Immer noch gilt es eine gläserne Decke zu durchstoßen, um feministische Politik auch deutlich sichtbar zu machen.

Lehren aus der Geschichte in die Gegenwart transponieren und für die Zukunft aufbereiten

Die oben genannte WILPF-Resolution sieht sich in der Kontinuität erster feministischer Forderungen, die schon 1915 auf dem internationalen Frauenfriedenskongress in Den Haag formuliert wurden. Den Teilnehmerinnen aus kriegsführenden und neutralen Ländern, die miteinander zu Frauenrechten und Frieden arbeiteten, ging es um weit mehr als ihr aktives und passives Wahlrecht. Natürlich wollten sie damit zunächst ihren Forderungen nach einer Ursachenanalyse für Gewalt und Konflikt Nachdruck verleihen und diese zur Grundlage politischer Entscheidungen machen. Sie wehrten sich aber auch gegen Nationalismus und nationale Machtpolitik indem sie grenzüberschreitend für den Frieden zusammenarbeiteten und dafür u.a. die Einführung einer internationalen Schiedsgerichtsinstitution forderten (damals den Völkerbund, später die UNO). Sie forderten eine mächtige Stimme in den Parlamenten für Abrüstungsinitiativen, eine gerechte Weltwirtschaft, Friedenserziehung und sogar die Einrichtung von Friedensministerien. Es ging ihnen um einen gleichberechtigten Gesellschaftsentwurf. Sie wollten 1915 den Krieg

¹ Auszug aus der Resolution verabschiedet auf dem WILPF Kongress Juli 2022 (Link wird nachgereicht)

stoppen, indem sie Delegationen zu Präsidenten und sogar dem Papst sandten. 1919 versuchten sie die Versailler Verhandlungen im Sinne einer universalen Abrüstung zu beeinflussen, standen aber noch vor verschlossenen Türen. Ihre warnenden Stimmen vor den Wunden der Siegerjustiz und damit das Erstarken des Faschismus verhallten ungehört. Die Friedensfrauen mussten ins Exil oder kamen ins Konzentrationslager.

Die klare Priorität für die Vermeidung von Kriegen unterfütterten die Frauen mit ihrer feministischen Analyse der verhängnisvollen Interessenkoalition von Kapitalismus, Patriarchat und Militarismus. „Die Wirtschaft muss zuerst den Bedürfnissen der Menschen dienen und nicht dem Profit und Privilegien“ (Lida Gustava Heymann 1915). Damit legten die Frauen schon damals einen Finger in die Wunde von Kriegstreibern und Profiteuren der Kriegsmaschinerie. Heute mündet das in den Slogan „move the money from war to peace!“ So ähneln sich die Abrüstungsforderungen in einer Zeit wo Feministinnen in den multiplen Krisen (von Covid bis zum Klimawandel) heute wieder eine Umschichtung von Finanzen anmahnen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass sich WILPF Frauen maßgeblich an der Erstellung der Frauen-Friedens-Sicherheitsagenda im Jahr 2000 beteiligten, die Entwicklungen und Weiterentwicklung von NAPs 1325 vor Ort und in einem globalen Netzwerk, sowie nationale Umsetzung der Agenda "Jugend, Frieden, Sicherheit" bereichern und diesen Prozess mit zahlreichen good practice Beispielen² begleiten und deren Umsetzung kontinuierlich einfordern. Die Debatte zu „Care“ nimmt viele der Gerechtigkeitsforderungen sehr aktuell³ wieder in einem umfassenden intersektionellen Ansatz auf.

Auf dem langen und kontinuierlichen Weg zur feministischen AP spielen Frauenrechtskonventionen wie CEDAW (WILPF thematisiert für die entsprechenden Staatenberichte das Thema Rüstungsproduktion und Export im Zusammenhang mit Gewalt gegen Frauen (Jemen, Mexiko – thematisiert im CEDAW-Bericht) und UPR Verfahren⁴, die Pekinger Aktionsplattform für Frieden und Entwicklung, die MDGs und SDGs eine große Rolle: Sie haben Vorarbeit und begleitende Begründungen geliefert und auch um die Klimaverantwortung bereichert. Die Verbindung von verantwortlicher Klimapolitik und Abrüstungsinitiativen ist ein Schwerpunkt, den WILPF in den feministischen und umweltpolitischen Diskurs einbringt und neue Bündnisse mitinitiiert. Auch dies eine Grundlage feministischer AP.

Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit unterstreicht, dass «Waffen konflikttreibende Faktoren sind und ihr Gebrauch jenen Gruppen besonders schadet, die von Entscheidungen der Konflikttransformation oder Friedensprozessen [eher] ausgeschlossen sind» – auch weit über das Ende heißer Konflikte hinweg. Im Rahmen einer feministischen AP muss die Bundesregierung daher eine nachhaltige staatliche Abrüstungspolitik sowie neue kooperative Ansätze für Abrüstung und Rüstungskontrolle vorantreiben. Hierfür braucht es auch gemeinsame Abrüstungspolitik in Europa und weltweit. Ein entgrenztes globales Wettrüsten in einer multipolaren Welt muss vermieden werden. Neue Verhandlungsformate sowie eine Neuauflage der Abrüstungsbemühungen im Rahmen des Helsinki-Prozesses sind dafür unverzichtbar. Auf nationaler Ebene sollte die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags, ein gendersensibles Rüstungsexportkontrollgesetz, das Verbot von Entwicklung und Import autonomer Waffensysteme vorrangig angegangen werden.

Der Weg zu einer präventiven Politik als Markenzeichen feministischer AP

Ein Kernelement, das der feministischen Außenpolitik zugrunde liegt, ist die Prävention zum Schutze der Menschen und der Lebensgrundlagen. Dazu braucht es einen emanzipatorischen Ansatz, der Mut und Engagement in quasi allen Politikfeldern erfordert: Entwicklungs-Wirtschafts-Umwelt-und Handelspolitik gehören genauso dazu wie Innen, Verkehrs- und Justizpolitik - und statt eines Verteidigungsministeriums ein Friedensministerium, wie das bereits vor über 100 Jahren gefordert wurde. Das ist ein ehrgeiziger Ansatz für eine Veränderungsdynamik und für

² Siehe www.peacewomen.org

³ Sehr empfehlenswert : https://koff.swisspeace.ch/fileadmin/user_upload/210916_Leporello_RZ_E_online.pdf

⁴ « Germany has not established a specific mechanism to prevent arms sales from having an impact on gender-based violence in the recipient countries. Recommendations are therefore focussed on adopting specific and transparent criteria to analyse whether any arms transfers and the granting of licences on production facilities will facilitate or contribute to gender-based violence in the recipient country, urging to align Germany's overall defence and security policies, as well as the foreign ministry's and economic ministry's policies with the WPS agenda and Germany's NAP.. » https://wilpf.org/wp-content/uploads/2017/12/Germany-UPR_FINAL_WEB.pdf.

eine transformative Politik. Dazu braucht es Visionen vom Frieden, die sich nicht mit kleinen Stellschrauben oder humanitärer Hilfe begnügen.

Wir sind uns bewusst, dass ein militaristisches Sicherheitsverständnis in Deutschland nicht nur in politischen Diskursen und Entscheidungen, sondern auch gesellschaftlich immer noch fest verankert ist und von vorherrschenden Geschlechterstereotypen und – Normen gestützt wird. Aufrüstung und die Stärkung des militärischen Sicherheitsapparates als Mittel zur Machtausübung dienen aus feministischer Sicht nicht der Sicherheit und dem Frieden...“⁵. Abschreckung z.B. durch nukleare Teilhabe ⁶ halten wir für eine fatale existenzgefährdende Drohung, der sich die Politik verweigern muss. Nur mit massiven diplomatischen Initiativen in einem gestärkten multilateralen Rahmen – nicht vorrangig in verstärkter (militärischer) Blockbildung kann dies verändert werden. Dies fordern wir im Rahmen feministischer AP zentral für die neue in Aussicht gestellte Sicherheitsstrategie.

Die aktuelle Blockade der OSZE durch einzelne Mitgliedstaaten muss dafür dringend überwunden werden, da sie aufgrund ihrer Geschichte und ihres cross-demensionalen Ansatzes (Sicherheit – Menschenrechte – Umwelt/Wirtschaft) das Potential hat, über bestehende Militärbündnisse hinweg Dialog und Diplomatie zu ermöglichen. Wir sind uns der Komplexität der Herausforderungen einer auf Konsens angelegten Struktur durchaus bewusst. Eine neue OSZE-Gipfelkonferenz 2025, die sich auf die Grundlagen des Helsinki-Prozesses im Rahmen kooperativer Sicherheit⁷ besinnt, ist entscheidend für die Zukunft Europas und muss von der Bundesregierung weiter unterstützt werden. Die Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE und einer reformierten UNO – insbesondere des Sicherheitsrates - mit engagierter blockübergreifender Zivilgesellschaft – mit einer starken Beteiligung von Frauen vor Ort und international vernetzt, ist dafür entscheidend.

⁵ zitiert aus <https://www.wilpf.de/deutsche-ab-ruestungspolitik-eine-intersektional-feministische-analyse-der-wilpf/>

⁶ ... women have been at the forefront of linking gender and disarmament in their long-standing campaigns for arms control treaties. In the context of the TPNW, this is crucial because of the differential effects of radiation on women’s bodies, as well as issues of social stigma disproportionately affecting, for example, female *hibakusha*...the goal is not only to increase women’s representation in the TPNW negotiations, but also to dismantle gendered and patriarchal norms that sustain the supposed “safety” through deterrence. For Fihn the TPNW is a “feminist treaty” due to its recognition of nuclear disarmament as being “rational”<https://www.wilpf.de/tpnw-gender-responsive-disarmament/>

⁷ <https://commonsecurity.org/about-common-security-2022/>